



Foto: © Issam Rimawi/Anadolu Agency via Getty Images

Englischer Originaltext unter [latest/news/2022/08/israel-opt-the-stifling-of-palestinian-civil-society-organizations-must-end/](https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/08/israel-opt-the-stifling-of-palestinian-civil-society-organizations-must-end/)

NEWS

18. August 2022

ISRAEL UND DIE BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE: Unterdrückung zivilgesellschaftlicher palästinensischer Organisationen muss ein Ende finden

Nachdem die Büros von sieben palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Westjordanland der besetzten palästinensischen Gebiete (OPT) heute von israelischen Truppen geschlossen wurden, erklärte Amnesty International, dass die israelischen Behörden ihre Repressionskampagne gegen die palästinensische Zivilgesellschaft beenden und den Organisationen ermöglichen sollten, ihrer Arbeit frei von Schikanierungen nachzugehen.

Noch vor Sonnenaufgang durchsuchten bewaffnete israelische Truppen die Büros der palästinensischen Gefangenen- und Menschenrechtsorganisation *Addameer*, der Menschenrechtsorganisation *al-Haq*, der palästinensischen Sektion der Kinderrechte-Organisation *Defense for Children International (DCIP)*, der *Union der Ausschüsse für landwirtschaftliches Arbeiten (Union of Agricultural Work Committees)*, des *Bisan-Zentrums für Forschung und Entwicklung*, der *Palästinensischen Fachausschüsse für Gesundheitsarbeit (HWC / Health Work Committees)* und der *Union der palästinensischen Frauenkommissionen (Union of Palestinian Women Committees / UPWC)* in Ramallah und konfiszierten deren Unterlagen und Geräte. Zudem erließen sie entsprechende Militärordnungen für die Schließung der Organisationen und verschweißten die Zugänge zu den Büros.

„Diese Organisationen tragen ganz erheblich zu den Menschenrechten in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) und auf der ganzen Welt bei, und doch wird ihre gesamte Arbeit von der israelischen Armee mit Füßen getreten. Amnesty International erklärt mit Stolz ihre Solidarität mit unseren palästinensischen Partner-Organisationen und ruft alle Regierungen dazu auf, diese Attacke der israelischen Armee gegen die palästinensische Zivilgesellschaft zu verurteilen“, sagte Amna Guellali, stellvertretende Leiterin der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International

„Die internationale Gemeinschaft muss nun nicht nur gemeinsam dafür eintreten, dass die Büros dieser sieben Organisationen wieder geöffnet werden, sondern auch deren Aufrufen nachkommen, die Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshof zur Situation in Palästina und die internationale Verurteilung von Israels System der Apartheid gegen die palästinensische Bevölkerung zu unterstützen.“

Amnesty International sprach mit den Ansprechpartnern bei dreien der sieben Organisationen, die erzählten, was für einen Schock die Razzien und die Schließungen bei ihnen hinterlassen haben.

Diese Organisationen tragen ganz erheblich zu den Menschenrechten in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) und auf der ganzen Welt bei, und doch wird ihre gesamte Arbeit von der israelischen Armee mit Füßen getreten.

Amna Guellali, Amnesty International

„Es ist der Besatzungsarmee nicht gelungen, unsere Stimmen zur Verteidigung von Menschenrechten zum Schweigen zu bringen. Die Armee setzt Militärrecht gegen Menschenrechte ein. Diese Razzien zeigen, dass Israel die Positionen der Europäischen Union (EU) und der Internationalen Gemeinschaft ablehnt und lieber in die Fortführung der Besatzung und der Menschenrechtsverletzungen investiert, die dadurch hervorgerufen werden“, erklärte Khaled Quzmar, Leiter der Kinderrechte-Organisation *Defense for Children International – Palestine (DCIP)*, gegenüber Amnesty International.

Die Beauftragten von Amnesty International vor Ort untersuchten die Militärordnungen, die auf den Türen der Büros von dreien der betroffenen Organisationen angebracht waren. In allen drei Fällen beruhte der Befehl zur Schließung der Büros auf der Verteidigungs(not)verordnung aus dem Jahr 1945, die von der britischen Mandatsregierung herausgegeben worden war, um den Widerstand gegen ihre Herrschaft zu brechen, und die seitdem nie zurückgenommen wurde. Seit dem Jahr 1967 machen sich die israelischen Militärbehörden die Bestimmungen dieser Verordnung ausgiebig zunutze, um Hunderte palästinensische Wohnhäuser abzureißen, deren Einwohner zu vertreiben und Zehntausende Palästinenser*innen aus den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) in Administrativhaft zu festzuhalten. Bis ins Jahr 1966 setzten die israelischen Behörden die Bestimmungen dieser Verordnung auch gegen palästinensische, nicht aber gegen jüdische Bürger des Staates Israel ein.

Diese Praktiken, die auf grobe Brüche der Vierten Genfer Konvention hinauslaufen und gegen zahlreiche Artikel der Menschenrechtskonventionen verstoßen, die von Israel unterzeichnet und ratifiziert wurden und deren Vertragspartei es ist, bilden einen Teil des Systems der Apartheid anhand dessen die palästinensische Bevölkerung unterdrückt wird.

*„Amnesty International fordert alle Staaten auf anzuerkennen, dass Israel gegenüber Palästinenser*innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) international anerkannte Verbrechen begeht, darunter das Verbrechen der Apartheid. Die Regierungen müssen sicherstellen, dass menschenrechtliche*

Erwägungen in alle Vereinbarungen mit israelischen Behörden integriert sind, und die gebührende Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass sie nicht selbst zu diesem System der Apartheid beitragen“, sagte Amna Guellali.

HINTERGRUND

Am 21. Oktober 2021 gab das israelische Verteidigungsministerium eine Militärorder heraus, die sechs palästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen zu "["Terror-Einheiten"](#) erklärte, darunter alle der aktuell betroffenen außer der *Palästinensischen Fachausschüsse für Gesundheitsarbeit (HWC / Health Work Committees)*, gegen die gesondert vorgegangen wurde. Durch diese Kennzeichnung war es ihnen faktisch verboten, ihre Arbeit weiterzuführen, während die israelischen Behörden nun berechtigt waren, ihre Büros zu schließen, ihren Besitz zu beschlagnahmen und die Mitglieder ihrer Belegschaften zu verhaften oder sie ins Gefängnis zu bringen. Diese Militärانweisung verbot gleichzeitig jede öffentlich zum Ausdruck gebrachte Unterstützung oder Finanzierung dieser Organisationen. Dieser Schritt des israelischen Verteidigungsministeriums wurde weithin verurteilt, auch von internationalen Nichtregierungsorganisationen, durch Regierungsbüros und Vertreter europäischer und anderer Drittstaaten und durch Experten der Vereinten Nationen.

Im Vorfeld dieser Delegitimierungsmaßnahme im Oktober 2021 hatte die Nichtregierungsorganisation für Menschenrechte *Front Line Defenders (FLD)* Daten gesammelt, die im Anschluss an eine Überprüfung durch ihre Partnerorganisation *Citizen Lab* und durch das *Security Lab* von Amnesty International bestätigten, dass die Mobiltelefone von sechs palästinensischen Menschenrechtsverteidigern der jetzt betroffenen Organisationen mit Hilfe von *PEGASUS*, einer von der israelischen Cyber-Überwachungsgesellschaft NSO-Gruppe entwickelten Spionagesoftware, gehackt worden waren.

Am 18. Oktober 2021 informierte der israelische Innenminister den französisch-palästinensischen Anwalt Salah Hammouri, der für die palästinensische Gefangenenrechte-Organisation *Addameer* arbeitet, dass sein Einwohnerstatus für die Stadt Jerusalem aufgehoben und er wegen eines angeblichen „*Treuebruchs gegen den Staat Israel*“ des Landes verwiesen werde. Salah Hammouri befindet sich seit dem 7. März 2022 ohne Anklage oder gerichtliches Verfahren in Administrativhaft. Amnesty International [fordert seine sofortige Freilassung](#).